

1. Die **Heimkosten** in Nordrhein-Westfalen sind die höchsten im Bundesgebiet. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, die Kosten für die stationäre Pflege spürbar zu deckeln? Haben Sie alternative Finanzierungsmodelle?

Wir wollen den Pflegebedürftigen ein möglichst selbständiges Leben ermöglichen und die Angehörigen bei der Pflege weiter unterstützen. Dafür brauchen wir den Ausbau von flexiblen Tages- und Kurzzeitpflegeplätzen sowie weiteren stationären Pflegeplätzen. Die aktuelle Finanzierung von Pflegeeinrichtungen basiert auf der Grundlage ihrer Auslastungen. Dies setzt voraus, dass die Bedarfe festgestellt werden. Die Wahl eines freien Pflegeplatzes wird durch die App Heimfinder NRW für Angehörige und Pflegebedürftige erleichtert. Wir haben als erstes Bundesland diese App entwickelt, die flächendeckend, landesweit und tagesaktuell freie Pflegeplätze anzeigt und somit Wahlfreiheit zwischen den Angeboten ermöglicht.

Die Zuzahlungskosten zu einem Heimplatz in NRW betragen im Durchschnitt fast 2.500 € im Monat. Die CDU hat sich im Bundestagswahlkampf dafür ausgesprochen den pflegebedingten Eigenanteil von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen bei stationärer Pflege und im Pflegeheim auf 700 Euro zu deckeln. Wir setzen uns beim Bund für eine ständige Überprüfung und Verbesserung der Leistungen der Pflegeversicherung ein.

2. Nordrhein-Westfalen ist das am dichtesten besiedelte Bundesland. Ende 2019 lebten mehr als 5 Mio. Menschen im Alter von 60 Jahren und mehr in NRW. Welche Aussagen macht ihre Partei zur **Quartiersentwicklung für die ältere Generation** und wie plant ihre Partei die Menschen in den stationären Einrichtungen mit einzubeziehen?

Die individuelle Betrachtung der Pflegebedürftigen steht bei uns im Fokus. Deshalb werden wir wohnortnahe Versorgungsangebote und die Unterstützung im Quartier ausbauen. Mit dem Förderprogramm „Miteinander und nicht allein“ haben wir bereits dafür gesorgt, dass sich u.a. stationäre Pflegeeinrichtungen in Nordrhein-Westfalen zu wichtigen Anlaufpunkten für ältere Menschen im Quartier entwickeln. Unser Ziel ist es Projekte und Maßnahmen von Pflegeeinrichtungen, die einen Beitrag zur gesellschaftlichen Teilhabe älterer Menschen

leisten und somit Altersisolation vorbeugen, zu unterstützen. Dafür stellen wir jährlich insgesamt drei Millionen Euro zur Verfügung, mit denen bis zu 60 Einrichtungen gefördert werden können. Jede Einrichtung kann dabei einen Förderbetrag von jährlich 50.000 Euro für Personal- und Sachausgaben zur Etablierung von Beratungs- und Informationsstrukturen, zur systematischen Kontaktaufnahme zu Menschen außerhalb der Pflegeeinrichtung oder zur Entwicklung von Teilhabeangeboten, erhalten.

3. Im Dezember 2019 galten in Nordrhein-Westfalen 965 000 Menschen im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes SGB XI als pflegebedürftig. Das waren 25% mehr als 2 Jahre zuvor. Die Tendenz ist weiterhin steigend, jedoch immer weniger Menschen entscheiden sich für ein Berufsleben im Pflegebereich. Der Kreis Soest ist beispielsweise Modellregion des Bundesförderprojekts swfg.medPULS. Welche Aussagen macht Ihre Partei bezüglich **digitaler Landesprojekte** und wie können die Menschen in stationären Einrichtungen davon profitieren?

Gemeinsam mit den Akteuren werden wir eine landesweite Informationskampagne für die Pflege- und Gesundheitsfachberufe starten. Junge Menschen sollen einen Einblick in den Pflegebereich erhalten. Dafür wollen wir die Attraktivität eines freiwilligen sozialen Jahres steigern, z. B. durch ein zusätzliches „Danke-Geld“ am Ende der Dienstzeit, eine verbesserte Anrechnung bei der Rentenanwartschaft oder besondere Sachanreize wie etwa Freifahrten mit der Deutschen Bahn.

Zur Unterstützung bei kurzfristigem Personalmangel in Pflegeeinrichtungen, ambulanten Pflegediensten und Krankenhäusern streben wir die Einrichtung von digitalen Personalpools in den Pflegeberufen an. Ebenfalls unterstützen wir den laufenden Aufbau der Pflegekammer in NRW zu einer starken, berufsständischen Institution.

Zusätzliche Bestrebungen im Bereich der Personalgewinnung für Pflegeberufe haben wir bereits durch die Übernahme des Schulgeldes für Schüler und Auszubildende in Gesundheitsberufen umgesetzt. Hierfür hat das Land alleine im Jahr 2021 über 43 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Dieses Vorhaben wollen wir in Zukunft noch weiter ausbauen, um Ausbildungsberufe in diesem Bereich attraktiver machen.

4. Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um eine Gesamtstrategie gegen **Gewalt an Frauen und Mädchen** zeitnah umzusetzen? Welche Initiativen für eine Finanzierung eines flächendeckenden Hilfesystems werden vorangetrieben? Wie lauten die Schritte zum **Schutz vor digitaler Gewalt** und zum **Schutz für geflüchtete Frauen und Kinder**?

Für eine weitreichende und unterstützende Frauen- sowie Anti-Gewalt-Politik ist der Opferschutz ein zentraler Bereich. Wir werden die Opferberatungsstellen fachlich weiter qualifizieren und spezialisieren. Hierfür werden wir weiterhin die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen, sodass jedes Opfer, gleich welchen Alters oder welchen Geschlechts, zügige, verlässliche und auf seine individuelle Situation zugeschnittene Unterstützung erfährt.

Häusliche Gewalttäter können jetzt länger in Polizeigewahrsam genommen werden. Das nutzen die Polizeibehörden. Opfer, meist Frauen und Kinder, werden so besser und effektiver vor Gewalt geschützt. Wir werden die Ergebnisse der Dunkelfeldstudie zum Thema häusliche Gewalt aus dem Jahr 2020 konsequent umsetzen. Dazu gehört u. a., den Zugang und die Bekanntheit von Hilfsangeboten weiter zu verbessern sowie mehrsprachige Angebote auszubauen. Wir prüfen zudem auch die Möglichkeit der Bestellung eines Opferanwalts bei Fällen häuslicher Gewalt.

Frauenhäuser sind ein unverzichtbarer Zufluchtsort in Fällen von häuslicher Gewalt. Erstmals seit 2010 haben wir zusätzliche Frauenhäuser gefördert und die Finanzierung sichergestellt. Diese werden wir auch in Zukunft garantieren. Zusätzlich wollen wir eine sukzessive Ausdehnung der Childhood-Häuser auf das gesamte Land.

5. **Und** - zusätzlich unter dem Aspekt des Krieges und von Flucht und Asyl - wie können die Forderungen des „Bundesweiten Koordinierungskreises gegen Menschenhandel e.V.“ (KOK) in NRW Umsetzung finden? Inwieweit setzt sich Ihre Partei ein für die

Umsetzung der internationalen Übereinkommen Deutschlands beim Thema **Menschenhandel**? Welche Definitionen und entsprechende Maßnahmen von Menschenhandel, Schleusung, Menschenschmuggel und Prostitution liegen in Ihrer Partei vor und welche Maßnahmen werden entsprechend befürwortet?

Wir machen uns stark gegen jede Art von Gewalt gegen Frauen und Menschenhandel. Opfer brauchen niederschwellige und vor allem schnelle Hilfe. Für eine weitreichende und unterstützende Frauen- sowie Anti-Gewalt-Politik ist der Opferschutz ein zentraler Bereich. Hierzu gehört auch, dass wir Zwangsprostitution weiter entschieden bekämpfen werden.

6. *Eine wichtige Frage zum Thema „**Versorgung von minderjährigen Opfern von Gewalttaten als Regelversorgung**: „Lügde, Mönchengladbach und Staufen haben gezeigt, dass unsere Gesellschaft hinsichtlich des Kinderschutzes und der Missbrauchs- und Misshandlungsprävention und hier insbesondere auch der Zusammenarbeit verschiedener Dienste und Institutionen noch weit entfernt ist von einem effektiven Kinderschutz. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung das Soziale Entschädigungsrecht grundlegend reformiert und Initiativen zur besseren Versorgung von Kindern in Einrichtungen ergriffen hat. Wir begrüßen die Einrichtung von präventiven Modellvorhaben.“ (Auszug Wahlprüfsteine Ev. Frauenhilfe in Westfalen e.V., Bundestagswahl 2021, Homepage)*

Welchen **Stellenwert** hat **Prävention** - gesamtgesellschaftlich und in allen Bereichen der Sozialgesetzgebung - für Ihre Partei?

Und - auch in diesem Bereich ergänzend unter dem Aspekt des Krieges - welche Maßnahmen erwägt Ihre Partei kriegs- und fluchttraumatisierten Kindern und Jugendlichen gegenüber?

Der Schutz von Kindern hat für uns oberste Priorität – deshalb verfolgen wir eine Null-Toleranz Strategie bei sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen. Der abscheuliche Missbrauch von Jugendlichen, Kindern und sogar Säuglingen hat gezeigt, dass der Staat massiver als je zuvor eingreifen muss.

Um die Aufklärungsarbeit voran zu treiben und Täter zu stoppen haben wir die Stabstelle „Kinderpornographie“ für den Kampf gegen Kindesmissbrauch eingerichtet und im Zuge dessen deutlich mehr Ermittlerstellen bei der Polizei zur Bekämpfung der

Kinderpornographie geschaffen. Wir sind der Meinung: Kinderschutz hat Vorrang vor Datenschutz.

Auch verfolgen wir stetig das Ziel, Eltern und Angehörige für dieses Thema zu sensibilisieren. Insbesondere die von uns geschaffene Anlaufstelle „Prävention sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“, die zur Unterstützung der Fachkräfte in der freien Kinder- und Jugendhilfe geschaffen wurde, war uns ein großes Anliegen um vorbeugend aktiv zu werden. Wir werden das interdisziplinäre Fortbildungsangebot ausweiten und den Dialog zwischen Jugendämtern, freien Trägern der Jugendhilfe, Polizei und Justiz sowie allen anderen relevanten Akteuren stärken.

Um Opfer zu unterstützen haben wir zudem die Anlaufstelle „Prävention sexualisierte Gewalt gegen Kinder und Jugendliche“ geschaffen, die Fachkraftstellen für Beratung bei sexualisierter Gewalt massiv von 40 auf 150 erhöht und die Einrichtung eines „Childhood-Hauses“ zur Betreuung und Begleitung der Opfer bewirkt. Diese „Childhood-Häuser“ wollen wir auf das ganze Land ausweiten.

Gewalt, ob psychisch, physisch oder sexualisiert, findet oft über Monate und Jahre statt. Daher ist es wichtig, dass gerade junge Kinder regelmäßig beim Arzt vorstellig werden, sodass frühe Anzeichen erkannt werden können. Um zu gewährleisten, dass alle Kinder an den U-Untersuchungen teilnehmen, werden wir die Untersuchungen verpflichtend festschreiben.

Wir werden zudem niederschwellige Angebote stärken, um Menschen nicht zu Tätern werden zu lassen. Wir unterstützen das Ziel, ein bundesweites, flächendeckendes therapeutisches

Angebot zu etablieren und setzen uns besonders hier in NRW für eine Ausweitung ein.

7. Auch gilt es **Bildungsrückstände für benachteiligte Kinder** zu verringern. In Anbetracht des Krieges und der geflüchteten Kinder und Jugendlichen gilt es darüber hinaus Sprachbarrieren zu beseitigen und somit den Zugang zu Bildung zu

ermöglichen. Welche Initiativen im Bildungswesen plant Ihre Partei für die **Aufhebung von Benachteiligungen aller Kinder und Jugendlichen?**

Unsere Kinder verdienen die beste Zukunft. Gute Bildung für die Kinder in Nordrhein-Westfalen ist deshalb eines unserer wichtigsten Ziele. Dabei denken wir ganzheitlich – von der frühkindlichen Bildung bis zum lebenslangen Lernen – und wollen hierfür ein Viertel des Landeshaushaltes für Schule und Bildung einsetzen. Unser Fokus liegt insbesondere auf der Reduzierung des Lehrkräftemangels.

Eine gute frühkindliche Bildung legt das Fundament für das weitere Leben. Wir werden weiter auf den Ausbau von Kitaplätzen und mehr Personal setzen, um die Qualität der frühkindlichen Bildung zu steigern. Hierfür haben wir in der vergangenen Legislatur bereits die Finanzmittel für frühkindliche Bildung auf knapp 4,3 Milliarden Euro aufgestockt, um unter anderem das zweite Beitragsfreie Kita-Jahr und das Alltagshelferprogramm einzuführen.

Wir wollen alles dafür tun, dass alle Kinder ihre Chancen bestmöglich nutzen können. Wir haben 60 Talentschulen mit zusätzlichem Personal eingerichtet, um benachteiligte Schülerinnen und Schüler fachlich zu stärken und ihre Potentiale zu fördern. Daran wollen wir in den kommenden Jahren anknüpfen und weitere Talentschulen errichten. Sie sind der richtige Ansatz, um Schülerinnen und Schülern – unabhängig von ihrer Herkunft oder der finanziellen Mittel ihrer Erziehungsberechtigten – die gleichen Bildungschancen zu bieten. Denn gute Bildung ist die Voraussetzung für das Aufstiegsversprechen für alle. Für die Kinder und Jugendlichen, die aus der Ukraine zu uns nach NRW kommen, ist es uns besonders wichtig sie schnellstmöglich an den Schulen zu integrieren und Schulunterricht (auch in ihrer Muttersprache) für sie möglich zu machen.

8. Wir fordern, dass Sie sich konsequent für eine **menschenrechtsgeleitete Politik** einsetzen. Inwieweit engagiert sich Ihre Partei für eine menschenrechtsgeleitete Politik und setzt sich für eine konsequente Umsetzung der Forderungen ein? Und in

Bezug auf die unfassbare Kriegs- und Flüchtlingstragödie: **Frieden** braucht Ihr Engagement – was werden Sie dafür tun?

Der Angriffskrieg auf die Ukraine markiert einen historischen Einschnitt. Er ist ein Angriff auf die europäische Friedensordnung. Gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn verurteilen wir ihn auf das Schärfste. Wir unterstützen die Sanktionen, die die Europäische Union verhängt hat und werden uns auch in Zukunft für die Stärkung der gesamten europäischen Außen- und Sicherheitspolitik einsetzen. Dieser Krieg zeigt uns, dass Freiheit, Frieden und Demokratie nicht umsonst zu haben sind. Wir müssen sie besser wertschätzen und nach innen und außen verteidigen. Wir wollen daher die Friedens- und Konfliktforschung stärker fördern und vorantreiben. Wir werden hierfür das Bonn International Centre for Conflict Studies ausbauen.

Für den Erhalt einer lebendigen Demokratie in Nordrhein-Westfalen brauchen wir eine Doppelstrategie: Werben und fit machen für politische Partizipation einerseits, wehrhafter Kampf gegen jegliche Form von Extremismus andererseits. Vor diesem Hintergrund haben wir die Enquetekommission „Subsidiarität und Partizipation. Zur Stärkung der (parlamentarischen) Demokratie im föderalen System aus nordrhein-westfälischer Perspektive“ eingesetzt und den Einsatz der Landeszentrale für politische Bildung gegen Extremismus und Antisemitismus verstärkt.

Wir sind zudem der Meinung, es braucht mehr politische Bildung in Schulen, denn Demokratie braucht politisch gebildete Bürgerinnen und Bürger. Die politische Bildung der außerschulischen, gemeinwohlorientierten Träger ist im novellierten Weiterbildungsgesetz gesetzlich verankert worden. Wir werden sie bei diesem Vorhaben finanziell stärken.